

Daß unser Verbandstag auch zur *Reichsversicherungsordnung* Stellung nehmen muß, ist im Hinblick auf die ungeheure Wichtigkeit dieser sozialpolitischen Gesetzesvorlage und auf die in ihr enthaltenen Versuche zur Entrechtung der versicherten Arbeiter unbedingt notwendig, weshalb der betreffende Hauptvorstandsantrag ebenfalls nur zu begrüßen ist.

Diese Stellungnahme wird sich gut an die *Berichterstattung über die seit der Münchener Generalversammlung abgehaltenen Gewerkschaftskongresse*, deren letzter sich bekanntlich ausschließlich mit der Reichsversicherungsordnung befaßt, angliedern lassen. Zu letzterem Tagesordnungspunkte selbst wurden mehrere Anträge gestellt, die den Beschluß der Hannoverschen Generalversammlung wieder aufleben lassen wollen, wonach darauf hingewirkt werden soll, daß bei größeren Kämpfen statt der Ausgabe von Sammelisten durch die Generalkommission eine Kopfsteuer für alle organisierten Arbeiter ausgeschrieben wird. Durch den Antrag sollte die Schaffung eines zentralen Streikfonds nach österreichischem Muster bezweckt werden. Leider wurde er auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß 1908 von den Vertretern der größten Gewerkschaften bekämpft, so daß seine Annahme nicht herbeigeführt werden konnte. Vielleicht haben aber die großen Kämpfe in der Holzindustrie und im Baugewerbe doch einen Umschwung in der Stimmung hervorgerufen, so daß die Annahme des Antrags auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß zu erhoffen ist.

Zur Erweiterung der Tagesordnung wurde außerdem noch vom Gau III der Antrag gestellt, die *Frage des Staffelbeitrages* als besonderen Punkt zu behandeln und hierzu einen Referenten und einen Korreferenten zu bestimmen. Nun steht aber diese Frage mit der Statutenrevision im innigsten Zusammenhang, so daß sie sich schwer von dieser trennen lassen wird. Am besten wäre es, wenn sie innerhalb des Punktes *»Statutenberatung«* eine eingehende Spezialverhandlung erfahren würde. Unseres Wissens hat der Hauptvorstand zu diesem Zwecke bereits einen Referenten und einen Korreferenten gewonnen.

Auf die Frage der Staffelbeiträge und auf den gesamten Punkt *»Statutenberatung«*, sowie auf das ungeheure Antragsmaterial, das zu diesem Punkt gestellt wurde, an dieser Stelle einzugehen halten wir für überflüssig. Unsre Meinung über die Statutenrevision haben wir bereits in den Leitartikeln der Nummern 25 und 26 unseres Organs und in einem Teil der Schlußbemerkungen zur Generalversammlungsdiskussion in vorliegender Nr. gesagt. Diese Diskussion und vor allen Dingen die Verhandlungen der Gautage haben zu einer Klärung der Meinungen bereits in erfreulicher Weise beigetragen, so daß der Generalversammlung die Arbeit und die endgültige Entscheidung voraussichtlich wesentlich erleichtert worden ist.

Für die Diskussion über die *Geschäftsberichte* wird die 88 Oktavseiten umfassende, grade noch bei Redaktionsschluß erschienene Broschüre eine gute Grundlage geben, die neben dem Jahresbericht für 1909 die Rechenschaftsberichte des Hauptvorstandes, des Ausschusses, der Redaktion, der Preßkommission und der Gauleitungen für die Zeit von der Münchener Generalversammlung bis jetzt enthält. Es ist unmöglich, in diesem Artikel noch eingehend über das gesamte, reichhaltige Material, das die Broschüre bietet, zu berichten. Daher sei nur hervorgehoben, daß der Mitgliederbestand am Anfang der Jahre 1906: 15010, 1907: 15768, 1908: 16636 (einschließlich der 391 vom Lithographenbund Uebergetretenen), 1909: 16836 (einschließlich der 256 vom Photographenverband Uebergetretenen) und 1910: 17505 (einschließlich der 430 vom Formstecherverband Uebergetretenen) betrug. Er stieg also einschließlich des 1077 Mitglieder betragenden durch die Uebertritte veranlaßten Zuwachses in dieser Zeit um 2495. Bis zum 1. April 1910 ging die Mitgliederzahl infolge des Berufs- und damit verbundenen Organisationswechsels vieler Kollegen auf 17397 zurück. Die Gesamtein-

nahme betrug vom 1. Juli 1907 bis 31. März 1910 2878760,94 Mark, die Gesamtausgabe 2608613,36 Mk., wodurch das Gesamtvermögen in dieser Zeit von 563155,31 Mk. um 270147,58 Mk. auf 833302,89 Mk. stieg. In der Berichtsperiode, die sich zeitlich ungefähr mit der letzten Krisenperiode deckt, wurden trotzdem für 2635 Kollegen Arbeitszeitverkürzungen von insgesamt 6114 Stunden wöchentlich und für 1248 Kollegen Lohnerhöhungen um 2296 Mk. wöchentlich erreicht. Wertvolles Aktenmaterial enthält der Hauptvorstandsbericht außerdem über die letzte tiefgehende Differenz mit dem Schutzverband der Steindruckunternehmer. Die Berichte legen Zeugnis ab von einer harmonischen, gemeinsamen Arbeit aller Instanzen unseres Verbandes zur Förderung unserer großen Sache. Das wird, unbeschadet der ausgiebigen Erfüllung ihrer Kritikerpflichten, auch die Generalversammlung anerkennen müssen.

Von den übrigen Punkten der Tagesordnung sei noch die Stellungnahme zu unserem *internationalen Berufskongreß* hervorgehoben, der zwei Wochen nach unserer Generalversammlung in Amsterdam tagen wird. Der zu diesem Punkt gestellte Antrag des Gaus II bezweckt die Beseitigung einer Schädigung arbeitsloser Kollegen, die aus einer Landesorganisation in die andere übertreten. Er kann daher voraussichtlich bei der Generalversammlung auf Annahme rechnen. Auf den Kongreß selbst werden wir in einer der nächsten Nummern ausführlicher zu sprechen kommen.

Alles in allem werden also die Delegierten in Hamburg von einer Fülle von Arbeit erwartet, die es in einer knappen Woche zu bewältigen gilt. Alles Kleine und Kleinliche ausschalten, die Diskussionen von großen Gesichtspunkten ausführen, das muß für jeden einzelnen Vertreter der Kollegenschaft in Hamburg die Losung sein. Dann wird es gelingen, die großen Aufgaben, die der Hamburger Tagung gestellt sind, in großzügiger Weise zu einem guten Ende zu führen; unsre Organisation und alle Berufsangehörigen werden den Vorteil davon haben. In diesem Sinne rufen wir den Abgeordneten der organisierten Kollegenschaft, die in der alten Hochburg der modernen Arbeiterbewegung an der Wasserkante unser Verbandsparlament bilden werden, ein herzliches Willkommen zu.

Rundschau.

Aussperrung der Werftarbeiter. Seit Anfang August stehen auf dem Hamburger Seeschiffswerten zirka 9700 Arbeiter im Ausstande. Sie forderten eine Verkürzung der Arbeitszeit von 56 auf 53 Stunden und Verrechnung des bisherigen Lohnes auf diese Verkürzung der Arbeitszeit, worauf dann noch ein zehnprozentiger Zuschlag erfolgen soll. Von den Werftarbeitern wurden diese Forderungen zurückgewiesen, worauf es zur Arbeitsniederlegung kam. Am 6. August trat die Gruppe deutscher Schiffswerten zu einer Generalversammlung zusammen und beschloß, am 11. August auf sämtlichen deutschen Werften eine Aussperrung vorzunehmen. Es sollen 60 Prozent aller Arbeiter ausgesperrt werden. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, sind die Unternehmer diesem Beschluß allgemein nachgegeben. In den meisten Fällen erklärten sich die Nichtausgesperrten mit den Aussperrten solidarisch und sämtliche Arbeiter verließen geschlossen ihre Arbeitsstelle. Auch die Nichtorganisierten übten in vielen Betrieben straffe Solidarität und traten mit den Organisierten in den Kampf. Die Zahl der Kämpfenden wird auf ca. 30000 geschätzt. Ueber die Aussichten des Kampfes äußerte der Obmann der streikenden Arbeiter in Hamburg, daß der Kampf äußerst schwer werden wird. Nach den bisherigen Erfahrungen könne er alle bis jetzt dagewesenen Bewegungen leicht in den Schatten stellen. Doch sind die Werftarbeiter auf alles gefaßt. Sie werden an der deutschen Arbeiterschaft eine feste Stütze finden. Das Reichsamt des Innern hat inzwischen seine Bereitwilligkeit zur Vermittlerrolle zu erkennen gegeben.

Zur Tarifbewegung der Buchbinder in Nürnberg-Fürth. Da in den Nürnberger Kunstanstalten auch während der Kündigungsfrist eine Einigung nicht zu erzielen war, legten am 15. August in 11 Betrieben zirka 80 Arbeiter und 500 Arbeiterinnen wegen Ablehnung des vorgelegten Tarifs die Arbeit nieder. Mit Ausnahme eines Betriebes ist die Arbeitsniederlegung vollständig. Zuzug von Prägnen Buchbindern und Buchbinderlehrlinginnen ist streng fernzuhalten.

»Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!« Den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften

und anderen frommen Christen hat ein hoher Geistlicher einen schlechten Streich gespielt. Im bayrischen Reichsrat hatte der Minister v. Frauendorfer Christentum und Sozialdemokratie in ihrer Entwicklung mit einander verglichen und Parallelen festzustellen versucht. Das brachte den Bischof Henle von Regensburg auf die Beine, der nach dem Stenogramm der betreffenden Reichsratssitzung folgendes erklärte: *»Hohe Herren! Zwischen der Sozialdemokratie und dem Christentum besteht gar keine Analogie weder in den Zwecken und Zielen, also weder in der Tendenz noch in ihrer gegenseitigen Entwicklungsgeschichte. Seine Exzellenz haben hingewiesen auf die soziale Entwicklung des Christentums. Das Christentum hat sich mit der sozialen Frage jahrhundertlang nicht beschäftigt. Wenn Seine Exzellenz die Güte haben wollten, die Paulinischen Briefe nachzulesen, so würden Sie aus denselben entnehmen, daß der Apostel Paulus beständig dahin gewirkt hat, sich in die gegebenen Verhältnisse zu schicken. Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben, wenn er nicht freiwillig von seinem Herrn der Knechtschaft enthoben wird. Das Christentum hat also mit der Sozialdemokratie in Beziehung auf seine Entwicklungsgeschichte und seine Stellung zur sozialen Frage auch nicht die geringste Berührung. Das möchte ich hier konstatiert haben. Mit der ersten Feststellung hat der unvorsichtige Bischof den Zentrumschristen eine ihrer zugkräftigsten Legenden zerstört. Hundert und aber hundertmal haben die Vertreter der Kirche versichert, daß die Kirche, und nur die Kirche, sich immer der Armen und Unterdrückten angenommen habe, und nun kommt ein Bischof und erklärt das rundheraus für Aufschneiderei. Noch charakteristischer für die Zentrumschristenmoral ist die Berufung auf den Apostel Paulus. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob Paulus das wirklich geschrieben oder ob der Bischof ihn falsch zitiert hat. Das Wesentliche liegt darin, daß der Bischof sich zu dem Grundsatz: »Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben«, bekennt. Denn damit drückt er jedem Aufwärtstreben der Arbeiter den Stempel unchristlichen Handelns auf. Und die Arbeiter, die in christlichen Gewerkschaften um Besserung ihrer Lebenslage kämpfen oder zu kämpfen glauben, müssen sich damit abfinden, als verirrte Schafe betrachtet zu werden. Vielleicht hilft ihnen das zu der Erkenntnis, daß christliche Gewerkschaften Unsin sind.«*

Aus dem Auslande.

Oesterreich. Die Lithographen, Steindruckere, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Firma Otto Zucker Nachf. Jul. v. Graba's Blechemballagenfabrik stehen seit dem 23. Juli im Streik, da sich die Firma weigerte, einen neu eingestellten Faktor namens Bartel zu entlassen, der gleich bei seinem Eintritt in die Firma einen Tarifbruch beging. Wahrscheinlich war er direkt dazu ausersehen, in den im Dezember ablaufenden Tarif Besche zu legen. Die Firma sucht nun durch Streikbrecheragenten und durch Inserate im Druckereianzeiger und in Zittauer und Dresdener Zeitungen Nichtverbändler als Streikbrecher aus Deutschland nach Böhmen zu ziehen, was ihr leider auch in einer Reihe von Fällen gelang. Allerdings vermochten die Streikenden erfreulicherweise die meisten der Gewonnenen wieder zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen, bis auf vier, die sich die Firma durch Kontrakte zu sichern wußte. Es handelt sich um die Nichtverbändler Franz Rantsch aus Dresden, Urban aus Görlitz, Johann Heidl aus Freiberg (gebürtig aus Karlsbad i. B.) und Bruno Käppler aus Pirna. Letzterer hat sogar eine feste Stellung aufgegeben, um sich in Böhmen zu »verbessern«. Trotz Entscheides des Tarifschiedsgerichts weigert sich die Firma, der Forderung der Streikenden nachzukommen. Diese bauen auf die moralische und prinzipielle Unterstützung der deutschen Kollegenschaft, durch die der weitere Zuzug von Streikbrechern abgeschnitten werden muß. Eine traurige Rolle in dem Kampfe spielt auch der langjährige Oberlithograph der Firma, E. Schellhorn, der sich zum Herbergsvater und zu ihrem Handlanger in der Umdruckerei hergibt.

Gefährliche Theorien.*)

Die große Aussperrung im Baugewerbe und ihr Ergebnis wird von August Bringmann, dem Redakteur des *»Zimmerers«*, in den Heften 42 und 43 der *»Neuen Zeit«* einer eingehenden Würdigung unterzogen. Bringmann unterscheidet zwei Phasen des Kampfes. Es handelte sich in der ersten Phase um die Niederkämpfung der unverschämten Forderungen der Scharfmacher, aus den Bollwerken der Arbeiter, den Gewerkschaften Exekutivorgane zur Vollstreckung des Willens der Unternehmerverbände zu machen. Soweit diese Seite des Kampfes in Betracht kommt, ist Bringmann mit dem Erfolg sehr zufrieden; die erste Phase des Kampfes, schreibt er, hat mit einem schönen Siege der deutschen Bauleute abgeschlossen. Bei der zweiten Phase handelte es sich um die Umwertung des Erfolges in klingende Münze und Verkürzung der Arbeitszeit. Hier ist Bringmann weniger zufrieden. Er beruft sich, wie

*) Das Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, die *»Holzarbeiter-Zeitung«*, veröffentlichte in No. 32 diesen Artikel, der auch in den Kreisen unserer Kollegen weiteste Beachtung verdient. Er sei daher in unserem Organ noch kurz vor dem Zusammentritt unserer Generalversammlung wiedergegeben, denn er kann für die Verhandlungen über Punkt 4 der Tagesordnung manche Anregungen bieten. Die Redaktion.

er das auch bereits im »Zimmerer« getan hat, auf Notizen in bürgerlichen Blättern, aus denen hervorgehen soll, daß die Lohnausfälle der Ausgesperrten durch die gewährten Lohnerhöhungen in den drei Vertragsjahren noch lange nicht gedeckt sind. Die »Münchener Neuesten Nachrichten« hätten den Lohnausfall der deutschen Bauleute während des Kampfes auf 48 Millionen Mark berechnet und der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Nürnberg hätte dem »Fränkischen Kurier« mitgeteilt, die Durchführung des Schiedsspruches bedeute für die Bauenden eine Mehrbelastung von 30 Millionen Mark; um diesen Betrag erhöhe sich also das Lohneinkommen der deutschen Bauleute. Nach dieser Rechnung hätten demnach die Bauarbeiter durch die Aussperrung einen Verlust von 18 Millionen Mark erlitten.

Das »Correspondenzblatt« der Generalkommission hat schon in seiner No. 27 darauf hingewiesen, daß die Aufstellung nicht stimmt. Die »Münchener Neuesten Nachrichten« haben ihrer Rechnung einen durchschnittlichen Tagesverdienst der Bauarbeiter von 5 Mk. zugrunde gelegt, während dieser Durchschnittsverdienst nach den Lohnangaben der Bauwerksberufsgenossenschaft berechnet, nur etwa 4 Mk. beträgt. Und die im »Fränkischen Kurier« angestellte Berechnung der Lohnzulage der Arbeiter ergibt, wenn sie richtig durchgeführt wird, nicht 30, sondern 54 Millionen Mark. Das »Correspondenzblatt« fährt dann fort: Aber ganz abgesehen von diesen Unstimmigkeiten erscheint uns der ganze Maßstab für die Bewertung solcher Riesenkämpfe völlig unbrauchbar. Dieser Maßstab läßt nämlich überhaupt keine Siege zu, denn da die Arbeitgeber nicht allein ebenso gewaltige Verluste erlitten haben, sondern obendrein auch noch die Lohnerhöhungen bewilligen mußten, so können sie noch viel weniger als die Arbeiter gesiegt haben. . . . Wir meinen aber, daß solche Riesenkämpfe wirklich nicht nach dem einfachen Schema von »Soll« und »Haben« zu buchen sind, weil die Opfer, die sie kosteten, in früheren Erfolgen begründet sind (seit Jahren mußte bereits mit einem solchen Kampfe im Baugewerbe gerechnet werden!) und weil die erungenen Erfolge sich noch auf Jahrzehnte hinaus geltend machen werden. In großen Momenten sind kleinliche Abwägungen durchaus unangebracht.

Diese Bemerkung des »Correspondenzblattes«, der wir durchaus zustimmen, läßt schon erkennen, daß Bringmann bei seiner Würdigung des Kampfergebnisses nicht den richtigen Maßstab anlegt. Noch viel weniger ist das der Fall bei den weiteren Schlüssen, die er aus dem Ergebnis der Aussperrung zieht. Er schreibt:

»Der Verlauf des gewaltigen Kampfes und sein materieller Erfolg, der für sehr viele Arbeiter kein Erfolg ist, sondern tatsächlich eine Bindung, die sie hindert, die kapitalistische Entwicklung auszunutzen, zeigt drastisch, daß wir uns in der Gewerkschaftsbewegung mit der Einfercherung immer mehr verschiedener Berufsgruppen in nur einer Organisation und mit der immer weiteren Einschränkung der Aktionsfreiheit und Selbstbestimmung der örtlichen Organisationen nicht auf dem richtigen Wege befinden.«

Das sind dieselben Gedankengänge, die Bringmann in seinem Vorwort zur dritten Auflage der »Praktischen Winke für die deutsche Zimmererbewegung« niedergelegt hat. Konsequent durchgeführt, würden sie eine vollständige Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung bedeuten. Bringmann ist Gegner der Industrieverbände, er will nicht verschiedene Berufsgruppen in »einer Organisation einferchen«. Aber nicht genug damit, spricht er sich auch gegen die »Einschränkung der Aktionsfreiheit und Selbstbestimmung der örtlichen Organisationen« aus. Wie er dazu kommt, in dem Verlauf und dem Ergebnis der großen Aussperrung eine Stütze für seine Theorie zu finden, ist schwer zu verstehen. Das »Einferchen« verschiedener Berufsgruppen in einer Organisation ist ja im Baugewerbe noch vermieden. Abgesehen von der christlichen Organisation waren an dem Kampf die drei Verbände der Maurer, Bauhilfsarbeiter und der Zimmerer beteiligt. Ist auch die Verschmelzung der Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter bereits beschlossen, so doch noch nicht vollzogen; der Vorteil, der den Arbeitern aus der gesonderten Berufsorganisation angeblich erwachsen soll, hätte sich somit bei der Bauarbeiterbewegung besonders deutlich zeigen müssen.

Statt dessen haben wir gesehen, daß die vier Verbände gemeinsam operierten und daß ihre Vertreter bei den Verhandlungen mit den Unternehmern zusammen als eine Partei auftraten. Ob der Umstand, daß hinter diesen Vertretern nicht eine, sondern vier Organisationen standen, sich als besonders vorteilhaft erwies, kann der Außenstehende nicht mit Sicherheit beurteilen. Analog den Erfahrungen, die bei anderen Gelegenheiten gesammelt wurden, wird man jedoch nicht fehlgehen mit der Annahme, daß die Arbeitervertreter als Beauftragte einer Organisation einen leichteren Stand gehabt hätten. Und das nicht nur bei den Verhandlungen, sondern auch bei der Beschlußfassung und der Durchführung der Kampfmaßnahmen. Wenn man aus dem Riesenkampf die Lehre ziehen wollte, daß eine Einheitsorganisation der Bauarbeiter notwendig wäre, dann würde das jeder mit den gewerkschaftlichen Dingen einigermaßen Vertraute ohne weiteres begreifen,

die entgegengesetzte Schlussfolgerung ist, wie gesagt, schlechterdings unverständlich.

Und nun gar noch das Predigen der Autonomie der örtlichen Organisationen! Wohin sollte das einem mächtigen Gegner gegenüber führen, der seine über das ganze Reich zerstreuten Mitglieder in der starken Zentralorganisation zusammengefaßt hat? Es gehört wirklich nicht viel Weisheit dazu, zu erkennen, daß solche kleine Gruppen, die auf eigene Faust operieren, dem Feinde gegenüber machtlos sind. Die Autonomie der örtlichen Organisationen mag bis zu einem gewissen Grade ganz nützlich sein, aber wenn ein großer Kampf bevorsteht, dann müssen die zerstreuten Kräfte zusammengefaßt, von einer einheitlichen Stelle aus dirigiert werden. Der übertriebene Respekt vor der Aktionsfreiheit und der Selbstbestimmung der örtlichen Organisationen muß notwendig die Niederlage der Arbeiterschaft im Kampfe herbeiführen. Hierbei darf doch auch nicht übersehen werden, daß die Zentralleitung keine Instanz ist, die über den Wassern schwebt, sondern daß sie die Wünsche der einzelnen örtlichen Organisationen kennt und bestrebt sein muß, aus der Summe der Einzelwünsche das richtige Mittel zu wählen.

Womit sucht nun Bringmann seine eigenartige Theorie zu stützen? Er holt seine Argumente nicht aus Tatsachen, die sich bei der Aussperrung ergeben haben, sondern zitiert einen Professor von der Frankfurter Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, Dr. Philipp Stein, der kurz vor Beginn der Aussperrung in Düsseldorf vor Leitern und Angestellten der Industrie, Vorlesungen über das Wesen der Gewerkschaften und der Tarifverträge gehalten hat. Er hätte dort von den Gewerkschaften gesagt, daß ihre Kämpfe in den letzten Jahren nachgelassen hätten. Die großen Gewerkschaften werden Millionäre; sie seien Großbetriebe mit einer großen Beamtenbureaukratie. Die großen Gewerkschaften sind immer zentralistischer geworden; die zentrale Gewalt beginnt Einfluß auf alles zu besitzen, und der Einfluß der unteren Organe wird immer mehr ausgeschaltet. Das zeigt sich auch beim Streik. Durch die Organisation der Unternehmer hat sich auch das ganze Leben der Gewerkschaften geändert; die Organisationen der Unternehmer haben sie auch gezwungen, zentralistisch zu werden und Millionen zu sammeln usw. Hierzu bemerkt Bringmann:

»Was Dr. Stein hier der Macht der Unternehmerorganisationen andichtet, ist nichts weiter als theoretische Schwäche der Gewerkschaften. Anstatt aus den Theorien für die politische Arbeiterbewegung den Geist zu holen, damit aber die Tatsachen selbst zu werten, um zu erfolgreichen Methoden zu kommen, holt man aus den Theorien der politischen Arbeiterbewegung die Methoden und erfüllt sie mit anderem Geiste. Man hat für diesen sonderbaren Geist noch keine Bezeichnung gefunden. Dr. Stein hilft uns mit Vorstehendem aus der Verlegenheit. Er sagt uns mit dürren Worten: es ist der kapitalistische Geist, der in euren Gewerkschaften die Dinge leitet. Leugne, wer kann! Der sozialistische Geist bäumt sich dagegen auf, bei jedem Abschluß der Aktion droht er sich zu entladen, und vor einigen Wochen standen die Organisationen der Bauleute auf dem Spiele. Es ist hohe Zeit, daß die Gewerkschaften ihm Rechnung tragen.«

Das ist sehr schön gesagt, aber nicht übermäßig klar. Allerdings ist das eine sicher, wenn wir unsere großen Zentralverbände zu einer Menge von Lokalorganisationen zerschlagen, dann werden diese nicht Gefahr laufen, zu Millionären und von kapitalistischem Geist erfüllt zu werden; ob sie aber damit an Widerstandskraft gewinnen, ist freilich eine andere Frage. Bringmann wettet dann gegen die immer wiederkehrenden Redensarten: »Wir müssen mit den Verhältnissen rechnen, uns der Entwicklung anpassen.« Er verlangt statt dessen: »In den Gewerkschaften wird auf energische Betätigung, um nicht dem Milieu, sondern das Milieu seinen eigenen, im Interesse der Höherentwicklung notwendigen Bedürfnissen anzupassen, hingewirkt werden müssen.« Auch das ist ein recht hübscher Satz, nur schade, daß man damit in der Praxis nichts anfangen kann.

Bringmann zitiert dann den am 19. April vom Verein deutscher Arbeitgeberverbände gefaßten Beschluß, nach welchem sämtliche von ihm abgeschlossenen Verträge am selben Tage ablaufen sollen, und den weiteren, der sich gegen paritätische Arbeitsnachweise richtet, und fährt fort: »Solche Beschlüsse sind »Verhältnisse« und ihre Durchführung ist »Entwicklung«. Sollen wir nun mit den ersteren rechnen und der letzteren uns anpassen? Der Antwort, die Bringmann auf diese von ihm aufgeworfene Frage gibt, nämlich: »solchen Verhältnissen und Entwicklungen müssen die Gewerkschaften den kräftigsten Widerstand leisten und sie überwinden«, stimmen wir durchaus zu. Aber dazu ist es notwendig, die Gewerkschaften auszubauen, sie in kräftige und leistungsfähige Zentralverbände zusammenzufassen. Wir dürfen nicht nach Bringmannschem Rezept die Organisationen zersplittern und den örtlichen Organisationen die weitgehendste Aktionsfreiheit und Selbstbestimmung einräumen. Wollten wir das tun, dann wäre das nicht nur gleichbedeutend mit dem von Bringmann mit Recht verpönten »Auf-den-Rücken-legen und uns von den Verhältnissen treiben lassen«, nein, es wäre mehr als das, es wäre eine Wehrlosmachung

der Arbeiter angesichts des drohenden Feindes; es wäre ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung! (Holzarb.-Ztg.)

Briefkasten der Redaktion.

Druckfehlerberichtigung. Im Bericht der Zentralkommission der Lithographen usw. in No. 32 der »Gr. Pr.« hat der Druckfehleraufel auf Seite 285, Zeile 5 von oben aus »Kartographiegewerbe« gemacht: »Photographiegewerbe«, was wir zu berichten bitten. — F. B., E. Wenn Sie die »Gr. Pr.« mehr beachten würden, müßten Sie wissen, daß Anzeigen und Geldbeträge dafür nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition zu richten sind und daß Chiffre-Inserte auch unter Stellengesuchen keine Aufnahme finden; beide Mitteilungen sind so und so oft in der Presse zu lesen. Geld und Postabschnitt habe ich an die Expedition weitergesandt.



Allgemeines.

Leitend für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Die Branchenkonferenzen!

Unsere Organisation umschließt die Angehörigen der verschiedensten Branchen des graphischen Gewerbes. Ueber ihren ursprünglichen Zweck, die Lithographen und Steindruckere zur tatkräftigen Wahrnehmung ihrer Interessen zusammenzuführen, ist sie schon kurz nach ihrer Begründung hinausgewachsen. Sie umfaßte auch bald die Chemigraphen und Lichtdrucker, die in früheren Jahren fast ausnahmslos aus den Kreisen der Lithographen und Steindrucker hervorgingen; sie erstreckte ihre Tätigkeit fernerhin auf die Kupferdrucker und auf die Tapeten-, Linoleum- und Wachstuchdrucker; sie nahm endlich auch durch die Verschmelzung mit den Verbänden der Formstecher und der Photographen diese Berufsgruppen in ihre Reihen auf. Dadurch hat sie sich zu einer der gelehrten Arbeiter fast aller Branchen des graphischen Gewerbes umfassenden Gewerkschaft entwickelt, die tatkräftig die Interessen des gesamten Gewerbes sowohl als auch jeder einzelnen Gruppe des letzteren wahrzunehmen und zu fördern versucht.

Um aber bei der Vielheit der in unserem Verband vereinigten Branchen die Spezialangelegenheiten jeder einzelnen dieser Gruppen in keiner Weise leiden zu lassen, wurden neben der Zentraleitung der Gesamtorganisation sachkundige Zentralkommissionen für jede Branche eingesetzt, die im Hauptvorstand vertreten sind und letzterem in Fragen, die nur die von ihnen vertretene Gruppe betreffen, mit ihrem sachkundigen Rat zur Seite stehen können. Ferner wurden in unserem Verbandsorgan neben dem die Gesamtorganisation betreffenden Teil zur Behandlung reiner Branchenfragen Spezialrubriken eingerichtet. Endlich finden auch neben den allgemeinen Verbandstagen, die zur Förderung der Gesamtorganisation periodisch abgehalten werden, von Zeit zu Zeit Konferenzen für die einzelnen Branchen statt, die deren besonderen Angelegenheiten auf einer breiteren Grundlage, als sie durch die Zentralkommissionen und die Branchenrubriken gegeben ist, fördern sollen. Derartige Konferenzen werden auch jetzt wieder in Verbindung mit der Hamburger Generalversammlung des Gesamtverbandes für fast alle von ihm umschlossenen Branchen abgehalten werden.

So treten am 22. August diejenigen Lithographen, die aus der Delegiertenwahl zur Generalversammlung hervorgingen, zu einer besonderen Lithographenkonferenz, der dritten seit dem Bestehen unserer Organisation, zusammen. Sie wird zunächst den Geschäftsbericht der von der Hannoverischen Konferenz 1907 eingesetzten Zentralkommission entgegennehmen, der bereits in seinen Hauptzügen in No. 32 unseres Organs veröffentlicht worden ist. Er zeigt, daß die Kommission nach Kräften bemüht war, die ihr in Hannover erteilten Aufträge auszuführen, und er gibt Winke, wie auf den geschaffenen Grundlagen weitergebaut werden kann. Die Konferenz soll aber auch auf eine Erweiterung

auch die Leistungen. Weil man aber schon damals erkannte, daß man als einzelne Gruppe und nicht dazu mit niedrigen Beiträgen nicht viel zur Hebung des Berufes beitragen konnte, suchte und fand man Anschluß an den größeren Verband. Man erkannte also, daß die Berufsverhältnisse im Photographengewerbe sehr im argen lagen und erhoffte baldige Besserung dieser mißlichen Verhältnisse nach erfolgter Verschmelzung. Die Tatsache der höheren Wochenbeiträge bei uns nahm man deshalb mit in Kauf. Heute gibt man zu, daß den fliegenden Fahnen nicht allzuviel gefolgt sind und gibt dem hohen Beitrag die Schuld. Nun muß aber doch jeder Einsichtige zugeben, daß bei dem heutigen Stande des Klassenkampfes mit kleinen Beiträgen nicht viel anzufangen ist, daß damit kaum Erfolge zu erzielen sind. Anders bei höheren Beiträgen. Erfahrungsgemäß werden ja gerade die aus höheren Beiträgen in den Kassen der Zentralverbände sich ansammelnden Fonds dazu verwendet, die Berufsverhältnisse schlechter gestellter Mitglieder oder ganzer Sparten zu verbessern; mindestens darf behauptet werden, daß die Fonds den schlechter gestellten Mitgliedern in Form von allerlei Unterstützungen in weit höherem Maße zugute kommen als den unter besseren Bedingungen Beschäftigten. Das ist in jeder modernen Arbeiterorganisation selbstverständlich.

Die bisher vorgebrachten Gründe für die Notwendigkeit der Einführung von Staffelbeiträgen sind m. E. nicht sehr stichhaltig, denn auch unter den jüngeren Lithographen und Steindruckern befinden sich viele Kollegen, die ebenfalls höhere Löhne haben wie die Photographen und Tapetendruckern, trotzdem aber allwöchentlich einen verhältnismäßig großen Teil ihres Einkommens als Mitgliedsbeitrag zahlen. Die Freunde der Staffelbeiträge halten uns immer vor, daß wir auch mit sehr niedrigem Beitrag hätten anfangen müssen und erst ganz allmählich zu dem hohen Beitrag gekommen seien. So ganz allgemein stimmt diese Behauptung nicht. Man vergißt vielfach dabei, daß ein sehr großer Teil unserer Verbandsmitglieder schon vor der Verschmelzung mit dem Senefelderbund auch dem letzteren als Mitglied angehörte und dort ebenfalls Beiträge zu entrichten hatte, die zum Zeitpunkt der Verschmelzung 60 Pf. pro Woche betragen. Als die Verschmelzung zur Tatsache wurde, mußte der übrige, erhebliche Teil unserer Verbandsmitglieder, der bis dahin eben nur dem Verbandsangehörte, statt wöchentlich 60 Pf. auf einmal pro Woche 1,20 Mk. Beitrag entrichten. Und mit sehr wenigen Ausnahmen taten sie es ohne Zögern, wenn auch ohne fliegende Fahnen. Sie waren gewerkschaftlich geschult und ergriffen die Gelegenheit, sich gegen die Wochsefälle des Lebens eine festere Stütze zu schaffen.

Die angebliehen besonderen Verhältnisse im Photographengewerbe mögen allerdings einen Teil dazu beitragen, daß es soviel Schwierigkeiten macht, die betr. Berufsangehörigen für unseren Verband zu gewinnen. Aber glauben die Befürworter der Staffelbeiträge ernstlich, daß bei Einführung einer niedrigeren Beitragsklasse die Photographen oder Tapetendruckern nun leichter von uns gewonnen werden könnten? Ach nein, so liegt die Sache nicht! Jetzt verschanzten sich die betr. Berufsangehörigen hinter den bequemen Grund der Beitragshöhe; nehmen wir ihnen dieses Argument durch Einführung einer niedrigeren Beitragsklasse, nun, so suchen und finden sie sicher einen anderen Grund. Wer viel mit der Agitation zu tun hat, der kennt alle die Ausflüchte zur Genüge. Es ist schon mehrfach betont worden, und gewiß mit Recht, daß die Ursachen für die Organisationsfeindlichkeit oder mindestens Gleichgültigkeit ganz wo anders liegen. Die Photographen gehen mit wenigen Ausnahmen meist aus bürgerlichen Schichten hervor; sie müssen erst über die Grundbegriffe des Klassenkampfes unterrichtet und aufgeklärt werden, ehe wir wirksam unter ihnen agitieren können. Der Indifferentismus kann auch mit einem Beitrag von nur 75 Pf. pro Woche nicht gebrochen werden, darüber müssen wir uns klar sein. Nach meiner Meinung war der Anschluß des Photographengehilfen-Verbandes verfrüht. Die verhältnismäßig junge Photographenorganisation mit dem gewerkschaftlich fast noch gar nicht geschulten Mitgliederpersonal war eben noch nicht reif dafür. Das kann heute offen und ehrlich ausgesprochen werden, denn es hat wahrhaftig keinen Zweck, vor den zwingenden Tatsachen den Kopf in den Sand zu stecken und Vogelstraußpolitik zu treiben.

Und weiter! Was könnte unser Verband den Mitgliedern der zweiten Beitragsklasse als Gegenleistung bieten? Geringere Unterstützungssätze einzuführen dürfte nicht zu empfehlen sein, mancherlei Gründe sprechen dagegen; verminderte Unterstützungen erschweren hauptsächlich die Agitation gerade unter denjenigen, die wir gewinnen wollen. Und mit einer erheblichen Ausdehnung der Karenzzeit dürfte weder den Mitgliedern noch dem Verbande gedient sein. Schließlich könnten wir natürlich nicht nur einzelnen Sparten im Gesamtverbande das Recht niedrigerer Beitragszahlung einräumen, wir müßten es auf alle Kollegen mit niedrigem Lohn ausdehnen, gleichviel welcher Sparte sie angehören. Nachdem wir aber durch systematische Aufklärungsarbeit die übergroße Mehrzahl unserer Kollegen soweit geschult haben, auch trotz niedriger Entlohnung einen verhältnismäßig hohen Wochenbeitrag zu leisten, wäre es ein großer Schritt rückwärts, den wir machten,

und der bei den meisten Verbandsmitgliedern auf energischen Widerspruch stoßen würde, ganz abgesehen davon, daß die gegenwärtigen Kassenverhältnisse unseres Verbandes uns den Luxus eines solchen Experimentes sicher nicht gestatten. Die Einführung von Staffelbeiträgen wäre ein Schritt ins Dunkle, der sich in der Zukunft als großer Fehler erweisen müßte.

In wenigen Jahren schon haben die meisten Kollegen ihre Karenzzeit für die Invalidenkasse zurückgelegt, nämlich alle die, die durch Verschmelzung erst Mitglieder der Invalidenkasse wurden, und schon heute wartet eine ganze Anzahl nur auf den Ablauf dieser Karenzzeit, um dann den Antrag auf Gewährung von Invalidenrente zu stellen. Dann wird die Kasse des Verbandes ihre Leistungsfähigkeit zu beweisen haben. Weil wir das voraussehen, deswegen müssen wir darauf bedacht sein, wirtschaftlich vorzusorgen und unsere Kassenverhältnisse auf eine gesunde Basis bringen.

Aber nicht allein die Photographen, sondern auch die Tapetendruckern fordern die Einführung von Staffelbeiträgen, um ihre noch fernstehenden Berufsangehörigen unserer Organisation zuzuführen. Es muß auch hier durchaus bezweifelt werden, daß wir bei dieser Sparte damit größere Erfolge erzielen. Ein Teil der Tapetendruckern gehörte schon bisher und noch jetzt dem Fabrikarbeiterverbande an. Dort sind die Beiträge erheblich niedriger als bei uns. Hätten nun die der Organisation noch fernstehenden Tapetendruckern wirklich das Bedürfnis, sich zu organisieren, oder wären sie von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt, dann brauchen sie wirklich nicht darauf zu warten, bis wir eine niedrigere Beitragsklasse bei uns einrichten, sondern dann wären sie eben schon dort organisiert, weil der Beitrag dort niedriger ist wie bei uns.

Und wie viele Kollegen aus Photographen- und Tapetendruckerkreisen könnten bestenfalls noch für uns gewonnen werden, wenn wir eine niedrigere Beitragsklasse einrichten? Sicher nicht so viele, um ein solches Experiment als notwendig und gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Denn ehe wir die bewährten Einrichtungen einer Organisation von rund 17000 Mitgliedern umwälzen, um dadurch vielleicht zwei- bis dreitausend Mitglieder mit niedrigen Beiträgen zu gewinnen, müßten doch noch überzeugendere Gründe für die Notwendigkeit des folgenden Beschlusses einer Beitragsstaffelung angeführt werden.

Wenn man sagt, daß wir früher oder später doch zu einer Beitragsstaffelung kommen müßten, nämlich mit dem Inslebentreten eines allgemeinen graphischen Kartells, so glaube ich kaum, daß ein solches Kartell in dieser engen Form zu Stande kommt, resp. sich als lebensfähig erweisen würde. Der Zusammenhang unter den einzelnen Organisationen wird immer ein loserer sein müssen, um keinen Beruf in seiner Aktionsfähigkeit und Bewegungsfreiheit zu hemmen. Eine Organisation, die qualifizierte Arbeiter umfaßt, also Arbeiter gelernter Berufe, wird bei wirtschaftlichen Kämpfen stets im Vorteil sein gegenüber den Organisationen, die einen großen Teil ungelerner Arbeiter und Arbeiterinnen umfassen. Bei wirtschaftlichen Kämpfen werden die im Kampfe stehenden ungelernen Arbeiter und Arbeiterinnen viel leichter zu ersetzen sein als beispielsweise Mitglieder unserer Organisation. Für uns erwächse aus einem graphischen Kartell in engster Form jedenfalls nur des öfteren die Verpflichtung, für andere die Kastanien mit aus dem Feuer zu holen. Daß wir demnach nicht gerade ein brennendes Bedürfnis haben, uns mit allen übrigen im graphischen Gewerbe oder der Papierbranche tätigen Berufen verschmelzen, liegt auf der Hand. Es läßt sich bei der Frage eines graphischen Kartells eben nicht alles nach Schema F. behandeln und in eine Form pressen. Man erwarte doch nicht alles Heil von dem Zusammenfließen sovieler Interessen in einem Topfe, von einer Zentralisierung aller graphischen Berufe in einem einzigen großen Verbands- oder graphischem Kartell. Bis wir also zu einem einzigen großen Verbands aller graphischen Berufe mit Staffelbeiträgen kommen müssen, hat es doch noch gute Weile.

Ich kann mich der Ueberzeugung nicht verschließen und spreche es hier offen aus: Wenn es uns trotz intensiver Agitation unter den Photographen und Tapetendruckern, und trotz Aufwendung großer Mittel für diesen Zweck bis heute nicht gelungen ist, das Gros der betr. Berufsangehörigen in unsere Organisation einzuziehen und zu tätigen Mitkämpfern zu erziehen, dann haben wir mit der Angliederung dieser Verbände an unsere Organisation einen vorläufigen Schritt getan; dann haben beide Kontrahenten ihre Werbekraft überschätzt. Diesen Fehler müssen wir uns eingestehen, und wir können ihn nur gutmachen in stetiger, unverdrossener und fleißiger Agitationsarbeit in den rückständigen Berufen, aber wir können ihn nicht gutmachen durch die Einführung von Staffelbeiträgen. Geht es auch nur langsam vorwärts, so dürfen wir doch nicht die Geduld verlieren, denn langsam reift auch hier die Frucht der Ernte entgegen. Und die unaufhaltsam fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung aller Verhältnisse wird uns in unserem Bestreben, alle Berufsangehörigen ihrer Organisation zuzuführen, auf halbem Wege entgegenkommen. Die Zeichen stehen günstig! Möchten unsere gewählten Vertreter in Hamburg das beherzigen und in diesem Sinne ihr Votum abgeben.

G. G. D.

Die Statutenrevision.

Wenn es dem Hauptvorstande mit seiner Statutenvorlage nur um die Sanierung unserer Kassenverhältnisse zu tun gewesen wäre, so hätte er dieses auf viel einfachere Weise herbeiführen können.

Schon vor Jahr und Tag, als es durch die Quartalsabrechnungen immer offensichtlicher wurde, daß durch die starke Inanspruchnahme der Geldmittel infolge großer Arbeitslosigkeit und Krankheit usw. der Beitrag von 1,20 Mk. pro Woche auf die Dauer nicht ausreichen würde, hätte der Hauptvorstand den Mitgliedern die einfache Frage zur Urabstimmung unterbreiten müssen: »Sollen die statutarisch festgesetzten Unterstützungen in der bisherigen Höhe beibehalten werden?« Ergänzend mußte dann hinzugefügt werden: »Wird diese Frage mit Ja beantwortet, ist ein Beitrag von mindestens 1,30 Mk. pro Woche erforderlich.« Ich bin fest überzeugt, die übergroße Mehrzahl der Mitglieder hätte die Frage mit »Ja« beantwortet und hätte sich damit auch bereit erklärt, den erhöhten Beitrag zu zahlen; für den Hauptvorstand wäre die Bahn frei gewesen und der Unwille unter den Kollegen würde lange nicht so groß gewesen sein als durch das Erheben der Extrasteuern, auch würde die Urabstimmung keine größeren Geldausgaben verursacht haben als die Statutenvorlage für Zeit, Druck und Versand erfordert hat. Hauptsächlich wären alle Auseinandersetzungen in der Presse und in Versammlungen über die Einführung von Staffelbeiträgen mit dem Resultat der Urabstimmung völlig gegenstandslos geworden.

Aber den Hauptvorstand scheinen auch noch andere Beweggründe geleitet zu haben, der Generalversammlung einen ganz neuen Statutenentwurf zur Beratung vorzulegen. Vergleicht man die einzelnen Paragraphen der Vorlage mit dem jetzt gültigen, auf der Münchener Generalversammlung beschlossenen Statut, so findet man, daß neben dem wenigen Guten auch Verschlechterungen und Beschneidungen der Rechte der Mitglieder Einführung finden sollen, und vor allem die Hintansetzung des gewerkschaftlichen Charakters des Verbandes, so daß man als passenden Titel der Statutenvorlage voranzusetzen sollte: »Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit.«

Es kann jetzt nicht meine Aufgabe sein, alle Verschlechterungen der Vorlage gegenüber dem gegenwärtig bestehenden Zustand zu erörtern; dazu würde der Raum einer ganzen Nummer der »Gr. Pr.« kaum ausreichen. Auch kann man wohl mit Bestimmtheit erwarten, daß alle Bestimmungen, die eine Beschneidung der Rechte der Mitglieder herbeiführen geeignet sind, von der Generalversammlung mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Nur möchte ich hier auf eins hinweisen. Im § 39, Ziffer 13 der Vorlage werden die Verbandsfunktionäre verpflichtet, die Instruktionen im Handbuch genau zu befolgen. Da möchte ich denn doch fragen: Besteht neben unserem offiziellen Statut noch ein Geheimstatut, nach dem die Mitglieder behandelt werden? Wer hat dieses Geheimstatut fabriziert? Und warum wird der Inhalt den Mitgliedern vorenthalten? Diese Fragen möchten auf der Generalversammlung aufklärende Beantwortung finden.

Nach den verschiedensten Auslassungen über die Einführung von Staffelbeiträgen ist zu erwarten, daß diese Frage einen sehr breiten Raum bei den Verhandlungen auf der Generalversammlung einnehmen wird. Es gewinnt den Anschein, daß die Befürworter von Staffelbeiträgen vor dem 1. Juli 1905 weder dem Verband noch dem Senefelderbund angehört, überhaupt noch nicht gelebt und daher auch von dem Bruderzwist, dem Zank und Streit, der über ein Jahrzehnt unter der deutschen Kollegenschaft getobt und die Entwicklung des Verbandes ungeheuer gehemmt hat, keine Ahnung haben. Diesen Kollegen sei das Studium der »Gr. Pr.« von 1890 bis 1905 und der Protokolle aller Generalversammlungen des Bundes sowohl als auch des Verbandes seit 1890 hiermit recht dringend empfohlen; hier werden sie die Gründe in genügender Zahl finden, die obgewalzt haben, die Einheitsorganisation und vor allem auch den Einheitsbeitrag anzustreben und einzuführen. Die Befürworter von Staffelbeiträgen gehören gewiß auch nur denjenigen Berufen an, die sich erst nach 1905 unserem Verband angeschlossen haben. Wenn sie nun die Ueberzeugung hatten, daß mit unserem hohen Beitrag von 1,20 Mk. resp. 1,30 Mk., der in Zukunft bestimmt auch noch höher werden muß, schwer oder garnicht für die Organisation zu gewinnen sind; ja, warum sind sie denn da zu uns gekommen? Warum wollen sie unser mühsam aufgebautes Gebäude wieder einreißen und Wirrwarr in unsere Kollegenkreise bringen, nachdem sie ihren Einzug vollzogen haben? Auf dem Gauting in Dresden hat ja bereits ein Tapetendruckern angekündigt, daß sie sich dem Fabrikarbeiterverband anschließen müßten, wenn bei uns der Staffelbeitrag nicht eingeführt würde. Wenn allen diesen Unkenrufen größere Beachtung beigelegt und auf mehreren Seiten Geneigtheit vorhanden sein sollte, der Einführung von Staffelbeiträgen das Wort zu reden, so wäre vielleicht zu erwägen, ob es nicht jetzt noch an der Zeit sei, wieder eine Entschmelzung vorzunehmen, um damit auch dem Artikelschreiber F. K., Leipzig entgegenzukommen. Also, um allen ge-

recht zu werden, führen wir den Zustand vor 1905 wieder herbei und überlassen es jedem, wie er sich organisieren und gegen Krankheit, Invalidität usw. versichern will. Statt einen kleinen Schritt vorwärts, gehen wir zehn Schritt zurück! Das ist der Wille aller derjenigen, die für Staffelbeiträge eintreten, und daher: *weg damit!* Hoch die Einheitsorganisation! Hoch der Einheitsbeitrag!

Möge die Generalversammlung ihre Aufgabe darin erblicken, Mittel und Wege zu finden, den Hauptvorstand und Ausschuß zu veranlassen, mit aller Macht dahin zu streben, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen so gebessert werden, daß sie den erhöhten Beitrag ohne Schaden bezahlen können. C. M., L.

XXXIV.

Schlußbemerkungen.

Wohl noch keine Generalversammlung unserer Organisation hat bisher eine gleich lebhaft Diskussions in unserem Organ ausgelöst, wie der bevorstehende Verbandstag in Hamburg. Das ist ein erfreuliches Zeichen! Es zeugt von einem regen geistigen Leben in der organisierten Kollegenschaft und es liefert einen Beweis für ihr eifriges Bestreben, unserer Sache zu nützen, unsere Organisation zu festigen und den Verband zu einem unerschütterlichen Bollwerk für die Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes zu machen. Denn daß jeder, der bei diesem Meinungsaustausch zur Feder griff, nur das Beste für unseren Verband wollte, ist über jeden Zweifel erhaben. Trotzdem erscheint uns manche in der Diskussion geäußerte Anregung, so gut sie gemeint sein mag, geeignet zu sein, bei ihrer etwaigen Verwirklichung eher das Gegenteil von dem zu bewirken, was durch sie beabsichtigt worden ist. Daher möchten wir die erfreuliche und lebhaft Diskussions in der Presse nicht schließen, ohne noch mit einigen Worten unsere Meinung zu verschiedenen aufgeworfenen Fragen zu äußern.

Die Aussprache in der Presse bezog sich fast ausschließlich auf die Statutenrevision, die von der Generalversammlung durchgeführt werden soll. Das ist ein Zeichen dafür, daß diese Frage auch den Verbandstag beherrschen wird. Möchten die Delegierten dabei aber nicht aus dem Auge lassen, daß in Hamburg auch noch andere, nicht minder wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, deren Erledigung unter der Statutenberatung nicht ebenso leiden darf, wie die Diskussion über diese Punkte in der Presse durch das Vorherrschende der Meinungsäußerungen über die Statutenrevision zweifellos gelitten hat. Die Leitung des Verbandstages und dieser selbst wird dafür Sorge tragen müssen, daß für die Beratung aller Fragen die ihrer Bedeutung entsprechende Zeit zur Verfügung steht. Vielleicht hat es aber gerade die ausgiebige Diskussion in der Presse über die Statutenrevision erleichtert, dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen.

Diese Diskussion betraf wieder zum größten Teile eine Angelegenheit, der in der Statutenvorlage des Hauptvorstandes und des Ausschusses kein Raum gewährt wurde: die Einführung von Staffelbeiträgen. Die Frage hat ein reges Für und Wider ausgelöst. Sie ist aber, wie es scheint, bereits entschieden, was nicht nur aus der Diskussion in der Presse, sondern auch aus den Berichten über die Gantage geschlossen werden kann. Wenn im XI. Artikel die Erwartung ausgesprochen wurde, daß die Gantage die Notwendigkeit der Staffelbeiträge erweisen würden, so ist grade das Gegenteil eingetreten; die Gantage haben gezeigt, daß in der überwiegenden Mehrheit der Kollegen keine Stimmung für die Einführung von Staffelbeiträgen vorhanden ist! Wir haben unsere Bedenken gegen Staffelbeiträge bereits im Leitartikel von No. 25 geäußert; sie wurden auch durch die vielen Stimmen für Staffelbeiträge nicht zerstreut. Ebenso erscheint uns keiner der mannigfaltigen Vorschläge, die für ihre Einführung gemacht worden sind, akzeptabel. Wir wollen von diesen Vorschlägen nur zwei herausgreifen und einer kurzen Beleuchtung unterziehen.

Im XVI. Artikel wird empfohlen, eine niedrigere Beitragsklasse mit denselben Unterstützungen wie in der oberen Klasse, aber mit einer entsprechenden Verlängerung der Karenzzeiten einzuführen. Das würde zunächst einmal für die Mitglieder der höheren Klasse trotz des höheren Beitrags keine wesentliche Besserstellung gegenüber den Mitgliedern der niederen Klasse bedeuten, da doch nur wenige unmittelbar nach Erfüllung ihrer Karenzzeiten Unterstützungen beanspruchen. Grade dieser Umstand ermöglicht ja erst ein Prosperieren der Unterstützungskassen. Würde jeder sofort nach Erfüllung seiner Karenzzeit die Kassen voll ausnützen, wäre ihr Bestehen ganz unmöglich. Je länger jedoch die Karenzzeiten sind, desto mehr Mitglieder werden bald nach ihrer Erfüllung Ansprüche an die Kasse stellen, so daß diese durch die niedrige Klasse weit stärker belastet wird wie durch die höhere. Die Verwirklichung des Vorschlags würde also auch eine schwere Belastung der Kasse bedeuten, der grade angesichts der Notwendigkeit ihrer Sanierung nicht das Wort geredet werden kann.

Im XIX. Artikel wird empfohlen, den Beitritt zu den verschiedenen Unterstützungsorganen fakultativ zu gestalten. Das soll ein Mittel gegen die Beitragsstaffelung sein, würde aber die Einführung von Staffelbeiträgen in viel ausgedehnterem Maße bedeuten, wie sie selbst von deren eifrigsten Befür-

wortern gefordert wird. Vor allen Dingen würden aber zahlreiche Mitglieder, die vollständig gesund zu sein glauben, der Krankenkasse, zahlreiche andere, besonders jüngere Mitglieder der Invalidenkasse und viele Mitglieder in sogenannter »gesicherter Stellung« der Arbeitslosen- und Reisekasse fernbleiben, was natürlich den Ruin aller Unterstützungseinrichtungen, die doch auf dem Grundsatz »Einer für Alle und Alle für Einen« beruhen, bedeuten würde. Unse Gewerkschaftsorganisation würde dadurch den Kitt verlieren, der sie fest und geschlossen und dadurch widerstandsfähig macht. Trotzdem der Vorschlag im XXX. Artikel einen Befürworter gefunden hat, ist er also ganz unannehmbar.

Die anderen Vorschläge, die zur Erfüllung der Wünsche nach Staffelbeiträgen gemacht worden sind, erscheinen uns ebensowenig akzeptabel wie die beiden erwähnten.

Im übrigen scheint in den Mitgliederkreisen für die in der Statutenvorlage vorgeschlagene Beitragserhöhung zur Sanierung der Kassenverhältnisse viel mehr Stimmung vorhanden zu sein wie für eine Kürzung der Unterstützungen. Von mehreren Seiten wurde sogar eine über den Vorschlag des Hauptvorstandes und Ausschusses hinausgehende Erhöhung der Beiträge befürwortet. Die Annahme dieser Vorschläge erscheint uns ausgeschlossen, trotzdem wir auch an dieser Stelle vor einer Ueberspannung des Bogens warnen. Daß wir die vorgeschlagene Regelung zur Gesundung der Kassen für ausreichend halten, hoben wir schon im Leitartikel von No. 26 hervor. Das gilt auch für den Fall, daß die Vorschläge auf Beseitigung der drei Karenztage in Krankheitsfällen, auf volle Auszahlung der Umzugsunterstützung usw. angenommen werden sollten, sofern auf der anderen Seite auch die Vorschläge auf Erweiterung der Karenzzeiten in der Krankenkasse Annahme finden würden. Eine Regelung in diesem Sinne würde uns eines Erachtens ebenfalls zu einer festen Fundierung unserer Kassenverhältnisse in ausreichendem Maße beitragen.

Nun ist im XXV. Artikel ein Vorschlag zur Einführung eines neuen Unterstützungsorganes, der Notunterstützung, gemacht, der zweifellos sehr gut gemeint und nach einer Gesundung unserer Kassen auch diskutabel ist. Wenn wir auch nicht auf dem im VIII. Artikel geäußerten Standpunkt stehen, daß wir durch die übergroßen Unterstützungen in der Aktionsfähigkeit behindert sind — was sich zwar ganz schön anhört, wofür aber jeder Beweis fehlt —, so erscheint uns doch in der Zeit der Kassen-sanierung der erwähnte Vorschlag schwer oder gar nicht durchführbar. Er kommt zur unrichtigen Zeit. Wird er zu passenderer Zeit wiederholt, dann wird er zweifellos auch die ihm gebührende Beachtung finden.

Zur Stärkung des Kampffonds wurde im III. Artikel der Vorschlag gemacht, daß jedes Mitglied in einer bestimmten Zeit in die Verbandskasse eine Sparsumme von 100 Mk. einzahlen möchte, die dann bei Kämpfen in wöchentlichen Raten ausgezahlt werden solle. Trotzdem der Vorschlag gleich bei Beginn der Diskussion gemacht wurde, hat er nirgends Widerhall gefunden, ein Beweis, daß keine Stimmung dafür vorhanden ist. Er ist vorläufig noch eine gutgemeinte aber undurchführbare Utopie.

Daß der zur Verbesserung der Kassenverhältnisse im XIII. Artikel gemachte Vorschlag, die Honorare in den Mitgliedschaften zu streichen, unannehmbar ist, wurde dem betreffenden Artikelschreiber bereits von zwei Seiten in der Diskussion gesagt. Den in den Antwortartikeln geäußerten Ansichten schließen wir uns an.

Der im XXIV. Artikel zu demselben Zweck gemachte Vorschlag: »Man könnte jährlich tausende von Mark (?) sparen, wenn weniger Beamte wären. Wegen nicht ganz 17000 Mitgliedern braucht man keinen derartigen Beamtenapparat...« entsprang einer derartigen Unkenntnis der Verhältnisse in unserem Verbands, daß man allein für die Beseitigung dieser Unkenntnis einen spaltenlangen Artikel schreiben müßte. Da das die Raumverhältnisse nicht gestatten; sei nur hervorgehoben, daß unser Verband mit seinen mannigfachen Einrichtungen nicht verglichen werden kann mit einer auf einfachsten Grundlagen beruhenden Zehnpfennigorganisation. Aber auch im Vergleich mit gleichstarken, einfacher eingerichteten Verbänden ist die Zahl unserer Beamten nicht zu hoch. Daraus ergibt sich schon, daß die Arbeitskraft jedes einzelnen derartig intensiv angespannt wird, wie es in keinem Privatbetriebe intensiver sein kann. Die Bemerkungen über die Höhe der Gehälter in diesem und im XXVIII. Artikel zeigen wieder einmal, daß mancher Arbeiter, der von seinem Prinzipal einen anständigen Lohn mit Recht beansprucht, als Arbeitgeber kleinerlicher wie mancher Privatunternehmer denkt und an »seinen« Angestellten handeln möchte.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen, zu denen wir uns weitere Bemerkungen ersparen wollen, um nicht den Vorwurf gemacht zu bekommen, das Schlußwort ausgenutzt zu haben, stand die Diskussion auf einer erfreulichen Höhe. Möchte das ein gutes Vorzeichen für die Verhandlungen des Verbandstages und möchten letztere durch die Artikel in unserem Organ befruchtet worden sein. Mit diesem Wunsche wollen wir die Diskussion in der Presse schließen. Die Delegierten der Kollegenschaft haben jetzt das Wort. Sie werden das be-

gonnene Werk in Hamburg zu einem guten Ende führen. Die Redaktion.



Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Zum Artikel: Amerikanische Verhältnisse in Deutschland?

In No. 31 der »Gr. Pr.« beklagt sich Kollege O. St. darüber, daß nicht nur in Amerika (dort gibt es eben keine Lehrlinge, sondern nur diese Ausbildung), sondern auch in Deutschland Hilfsarbeiter zu Druckern ausgebildet werden. In dieser allgemeinen Form hätte O. St. ganz recht. Aber er setzt ja selbst hinter die Ueberschrift ein Fragezeichen; er gründet also seine Behauptungen auf eine Frage, die im folgenden beantwortet werden soll.

Wenn im »Allg. Anzeiger für Druckereien« über die Abmachungen mit der Firma Schött in Rheyt zu lesen ist: »Hilfsarbeiter, die mehr als 4 Jahre an der Handpresse stehen, werden als Drucker betrachtet«, so sei demgegenüber der Punkt 3 der Abmachungen in seinem vollen Wortlaut genannt; er lautet: »Soweit Hilfsarbeiter an der Handpresse mindestens 4 Jahre beschäftigt werden, sind dieselben als Drucker zu behandeln und zu entlohnen. Die in letzter Zeit angestellten sollen von der Handpresse weggenommen werden.« Daß dieser ganze Passus in der »Gr. Pr.« bei der Berichterstattung nicht kam, liegt an der üblichen kurzen Registrierung der hauptsächlichsten Punkte. Eine besondere Absicht, wie der Kollege O. St. meint, liegt dabei nicht zugrunde. Es läge dazu auch gar keine Veranlassung vor, wie ich dem Kollegen nachweisen werde.

Ein Fortschritt liegt bei dieser Abmachung schon darin, daß das System, Hilfsarbeiter als Drucker zu beschäftigen, *abgeschafft* ist. Er sieht also, daß wir genau am selben Strange ziehen wie er. Nur können wir nicht so leicht über die in der Praxis bestehenden Hindernisse hinweg, wie dies O. St. in der Theorie kann. Deswegen sei ihm zur Aufklärung und Beruhigung einiges erzählt.

Die in Frage kommenden 6 Hilfsarbeiter sind schon bis zu 10 Jahren an der Handpresse beschäftigt. Sie sind solch brauchbare Kräfte, daß wir es für nötig hielten, sie beim Streik mit herauszunehmen. Sie streikten denn auch 7 Wochen mit. Weil sie Solidarität übten, sollen sie nach Ansicht des O. St. durch den folgenden Abschluß von den Stellungen verdrängt werden. Eine weitere Folge davon wäre gewesen, daß wir diese Kräfte unter Umständen bis zum St. Nimmerleinstag hätten unterstützen müssen. Aber ganz abgesehen davon, eine derartige Haltung verträgt sich weder mit dem kollegialen, noch mit dem allgemeinen Arbeiterstandpunkt und noch viel weniger mit dem rein menschlichen!

Lassen wir auch den Streik außer Betracht, so bleibt die Tatsache bestehen, daß Leute, die den Beruf 10 Jahre ausüben, eben zu einer Zeit angelernt worden sind, wo die Organisation das noch nicht verhindern konnte; und nach einer derartig langen Tätigkeit kann doch wohl von eigentlichen Hilfsarbeitern kaum mehr gesprochen werden! Denn ob von diesen 10 Jahren 4 als Lehrjahre registriert werden oder nicht, kommt doch kaum in Betracht, wenn auch gar nicht bestritten wird, daß Gehilfen, die eine Lehrzeit durchgemacht haben, vielseitiger und besser ausgebildet sind. Immerhin kann man den langjährig tätigen Angelernten ihre Kenntnisse nicht nehmen, wenn man ihnen auch momentan ihre Stellung in Frage stellen wollte. Aber damit könnte die Frage doch nicht gelöst sein! Wer will denn verhindern, daß solche Leute in ein anderes Geschäft als Drucker eintreten! Ferner können sie doch jederzeit bei Streiks als Reservetruppen herangeholt werden. Ist es da vernünftiger und richtiger, wenn man sie durch Forderungen aufs Pflaster setzt, ihnen das Brot nimmt, sie damit zeitweilen verärgert und für Organisationsfragen total unzugänglich macht, oder wenn man sie als Kollegen betrachtet und als das anerkennt, was sie sind, als *Drucker*; wenn man ihnen ferner einen ihren Kenntnissen entsprechenden Lohn erringt, sie dem Verband zuführt und sie somit als Mitkämpfer gewinnt!

Auch vergrößert der Kollege O. St. vollständig, daß in solchen Fällen die Zahl der Arbeitskräfte nicht vermehrt wird, sondern gleich bleibt; nur die Benennung wechselt und damit der Lohn. Schon aus diesem Grunde ist der gegangene Weg der einzig richtige. Denn wenn die Unternehmer den gleichen oder einen ähnlichen Lohn bezahlen müssen, dann ist ihnen das Bedürfnis nach solchen Kräften genommen; sie sind eben nicht mehr profitabler wie gelehrte Kräfte. Von einer Schädigung der Gesamtinteressen der Kollegenschaft kann also gar nicht die Rede sein und die Schlußfolgerungen des Kollegen O. St. fallen, als auf falschen Voraussetzungen beruhend, in sich zusammen.

Aber bei der Gelegenheit möchte ich noch auf einen Punkt zurückkommen. Das ist die Berichterstattung an den »Allg. Anzeiger für Druckereien.« Der Artikler sagt, daß nur der oben zitierte Satz dort veröffentlicht worden sei; die Abmachung

